

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhandlung und die Anzeigerredaktion entgegen. - Druckerei: Auer, Leipzig Nr. 23.

Telegraphische Anzeigerredaktion. Inhaltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 37

Mittwoch, den 13. Februar 1924

19. Jahrgang

Die Helfferich-Legende.

Von Alfred Brad auf, Mitglied des Reichstages.

Welt bestehen der deutschen Republik haben die Deutschnationalen in Opposition gestanden. Die Regierung Cuno, die schwächste von allen, war die einzige die sich der Duldung, ja eines gewissen Wohlwollens der Deutschnationalen erfreuen durfte. Ihre Opposition ging wiederholt sogar in Obstruktion über. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, die ganze Tätigkeit der Deutschnationalen ist darauf gerichtet gewesen, die Wiederaufbauarbeit der Republik zu sabotieren; nur allzu deutlich zeigte sich ihr negatives Interesse daran, daß sich die Verhältnisse in Deutschland unter dem Zeichen der Republik konsolidierten; eine Sanierung läßt ja ihre Aussichten auf die Wiedererrichtung des alten monarchistischen Klassenstaates nur schwinden.

Umso mehr muß die Welt staunen, wenn jetzt, nachdem die Reichsregierung wertbeständiges Geld in Gestalt der Rentenmark eingeführt und dadurch eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingeleitet hat, das Verdienst daran ausgerechnet die Deutschnationalen in Anspruch nehmen. Es war nicht etwa sofort bei Einführung der Rentenmark, daß sie diese als ihr Werk feierten nein, damals hörte man nur Stimmen abfälliger Kritik aus dem deutschnationalen Lager. Als dann aber aus einigen Wochen eine wesentliche Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Rentenmark erkennbar wurde, da erhob sich einmal die Helfferich-Legende, die Rentenmark sei das Werk Helfferichs und damit „der Deutschnationalen“.

Seitdem betreibt die deutschnationale Presse eine systematische Agitation mit der „Rentenmark Helfferichs“; ein Helfferich-Kult ohne gleichen ist eingeleitet worden. Dieser Agitation ist sogar der Verwaltungsrat der Rentenbank zu Hilfe gekommen. (Man weiß, daß die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates Helfferich politisch nahesteht.) Man schrieb zwar schon den 8. Januar, aber es ging wohl gerade noch, den Jahresbeginn zum Anlaß eines Glückwunschschreibens an Helfferich zu nehmen und dabei „mit allem Nachdruck zum Ausdruck zu bringen, daß es ihm zu danken“ sei, „wenn durch Schaffung der deutschen Rentenmark dem erscheinenden Verfall der deutschen Währung Halt geboten wurde“. Das Schreiben verrät auch in seinem weiteren Inhalt nur zu sehr, daß es eigens zu dem Zweck geschrieben ist, Helfferich und seiner Partei als Beweiskraft für die Autorschaft an dem Werk der Rentenmark dienen zu können. Doch einmal etwas ganz Neues: das Kind selbst meldet sich, um dem die Autorschaft zu beweisen, der sie für sich in Anspruch nimmt.

Das Dankschreiben, mit dem jetzt die ganze deutschnationale Presse haufenweise geht, ist selbstverständlich kein Beweis für die Autorschaft Helfferichs, es dokumentiert nur eine Meinung des Verwaltungsrates. Die Rentenmark und die Rentenbank sind geschaffen durch eine Verordnung der Reichsregierung, und weltweit diese Verordnung auf einem Projekt Helfferichs beruht, das für die Währung dieses Projektes in Wortlaut mit der Regierungsverordnung einen Anhalt geben. Ein solcher Vergleich könnte aber auch nicht mehr dazunehmen als daß die Regierung Gedanken Helfferichs über die Organisation der neuen Einrichtung aufgenommen hätte. Den Grundgedanken, der neuen Währung eine Stütze in einem Pfandrecht des Staates an den Grundstücken zu geben, kann Helfferich keinesfalls für sich allein in Anspruch nehmen, dieser Gedanke ist schon seit Jahren bekannt, er liegt ja auch so nahe, daß solange die Währung nicht auf Goldbeständen gestützt werden kann, eine andere Fundamentierung kaum vorhanden ist. Helfferich wollte auch gar nicht die Rentenmark, sondern die Roggenmark, bei deren Einführung sich der Wert der neuen Noten mit dem doch starken Schwankungen unterliegenden Marktwert des Roggens fortdauernd verändert hätte. Die alleinige Inanspruchnahme der Rentenmark für Helfferich ist vor allem deshalb so seltsam, weil er in seiner Reichstagsrede vom 9. Oktober 1923 selbst lebhaftest die wesentlichen Veränderungen „seines Projektes“ gefordert hat. Er hat u. a. von der Regierungsvorlage über die Rentenmark, worin es heißt: „Aber sie ist in einer Weise verändert, ich möchte sagen, denaturiert, daß ich die schwersten Sorgen habe, ob die von mir angeforderte Wirkung damit erreicht wird.“ Er muß also schon nach diesen Worten doch auch anders an dem Werk mitgearbeitet haben. Nur soviel kann und muß anerkannt werden, daß Helfferich im Gegensatz zu der sonst von seiner Partei beliebten Politik an der Lösung des Währungsproblems vollständig durch organisierte Vorkämpfer mitgearbeitet hat. Aber diesem Anerkenntnis muß es schaden, wenn Helfferich mit seinen Freunden den Gedanken der Rentenmark für sich allein in Anspruch nimmt. Der

Streit um die Autorschaft wird nachgerade lächerlich, nachdem jetzt auch die Deutsche Volkspartei mit der Behauptung hervorgetreten ist, daß die Autorschaft einem ihrer Mitglieder zukommt.

Soweit Helfferich ein Verdienst gebührt, sei es ihm auf ein Schuldkonto gutgeschrieben, das nur zu sehr belastet ist. Er trägt durch seine leichtsinnige Kriegsfiananzpolitik, die nur mit dem Gewinn des Krieges rechnete, eine wesentliche Mitschuld daran, daß das deutsche Finanzland ein Niesenausmaß annahm und die Währung in vollständigem Verfall geriet: In seiner Eigenschaft als Staatssekretär der Finanzen finanzierte er den Krieg, vertrauend darauf, daß „die Feinde das Übergewicht der Milliarden des Krieges durch Jahrzehnte schleppen“ würden, allein durch Schuldenmachen und durch Papiergeldausgabe, indem er noch über die englische Kriegsfiananzpolitik spöttelte, die schon 1915 zu Kriegssteuern griff. Es liegt noch ein anderes Schuldkonto aus der Kriegszeit vor mit der Aufschrift: U-Boot-Krieg. In diesem ist verzeichnet, wie Helfferich erst im Hauptauschuß des Reichstages, gestützt auf gewichtiges Material, nachdrücklich vor dem Experiment des U-Boot-Krieges warnte, und wie er dann doch wenige Wochen später, als sich der Kaiser und die oberste Heeresleitung für das Experiment entschieden hatten, es lebhaft vor dem Reichstag verteidigte. Der U-Bootkrieg gab Amerika ja den letzten Anlaß zum Eintritt in den Krieg und brachte jene furchtbare Enttäuschung über seinen Erfolg.

Ein Schuldkonto wie das Helfferichs aus der Kriegszeit würde es dem Belasteten in einem anderen Land als Deutschland unmöglich machen, eine politische Rolle noch dazu als Führer einer großen Partei zu spielen. Aber nur allzu viele Deutsche haben ein sehr schlechtes politisches Gedächtnis; was einst am 29. März 1919 in der Nationalversammlung selbst einer der deutschnationalen Abgeordneten, Dr. Humm, über die „in der Kriegszeit von Helfferich und anderen verschuldete Wirtschaft“ sprach ist in jenen Kreisen längst vergessen, es lebt die Helfferich-Legende, die einen nur allzu Schulbigen mit dem Vorbeerfranz umwindet!

Dr. Schacht über seinen Goldnotenbankplan.

Vor einem Kreise deutscher Zeitungsvertreter verbreitete sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Fragen der deutschen Goldnotenanfrage.

Einstehend stellte er zunächst seine französischen Tendenzmeldungen gegenüber fest, daß die Besprechungen mit den Sachverständigen sich stets in der angenehmsten Form abgewickelt hätten. Der große sachliche Ernst, mit dem sich die Sachverständigen ihrer Aufgabe unterzogen, könne deutscherseits nur anerkannt werden. Man müsse sich von deutscher Seite aber daran erinnern, daß die Sachverständigen einen ganz bestimmten Auftrag erhalten hätten, nämlich das Studium der Frage, wie die deutsche Währung einer endgültigen Stabilisierung entgegengeführt werden könne. Innerhalb des Rahmens dieser Aufgabe müßten die Sachverständigen sich halten. Er habe ihnen auseinandergesetzt, daß Deutschland aus eigener Kraft unmöglich zu einer Goldwährung gelangen könne. Die ungelöste Reparationsfrage würde jeden Versuch auf diesem Gebiete zum Scheitern bringen. Seine eigenen Bestrebungen liefen darauf hinaus, das totliegende Devisenkapital des In- und Auslandes auf dem Wege über eine zu errichtende Goldbank zur Erleichterung der deutschen Währungsfrage heranzuziehen.

Seine Goldbank denke er sich nicht als Währungsbank. Sie solle kein dem allgemeinen Zahlungsverkehr dienendes Geld in den Verkehr bringen, sondern den deutschen Kreditbedarf der durch den Rentenmarktkredit nicht befriedigt werden könne, der aber zur Wiederingangnahme des Wirtschaftslebens und zur Abschwächung der Arbeitslosigkeit befriedigt werden müsse, decken. Die Bank würde Noten nur ausgeben gegen Devisen oder Goldverpflichtungen oder Devisen-Goldwechsel.

Dr. Schacht erläuterte dann den Vorschlag der Sachverständigen, der auf eine definitive Lösung ausgehe und durch eine internationale Aktion das erforderliche Gold aufbringen wolle. Nach ihm soll alles in Deutschland umlaufende Gold auf Goldbasis gestellt werden. Der politischen Einflüssen des Auslandes und Inlandes sollen die Banken durch eine Reihe von Sicherheiten geschützt werden. Soweit die Bank den technischen Aufgaben des Reparationsproblems dienlich gemacht werden soll, sei eine ausländische Mitwirkung in ihrer Leistung auch von uns nicht abzusehen. Dagegen müsse auch nach Ansicht der Sachverständigen das deutsche

Diskontogeschäft allein der deutschen Leistung der Bank unterstellt werden. Zu den Sicherheiten gegen politische Einflüsse gehört nach ihrer Meinung auch, daß das Goldkapital der Bank im Auslande deponiert wird.

Einigung mit den Sachverständigen.

Dr. Schacht betonte, daß er den Sachverständigen gegenüber erklärt habe, es nicht verantworten zu können, seine bisherigen Bemühungen aufzugeben, denn die Hoffnung der Sachverständigen auf schnelle Lösung für sie getuschelt werden. Die Sachverständigen zeigten dafür auch volles Verständnis. Man habe sich dahin geeinigt, daß die Arbeiten Dr. Schachts so weitergeführt werden, daß die definitive Plan der Sachverständigen dadurch nicht gefährdet, sondern eine Einigung des Sachverständigen Ergebnisse in diesen Plan vorzusehen ist. Dieses Resultat sei einstimmig erzielt worden. Dr. Schacht betonte dann noch, daß die Gewährung von Rentenmarkkrediten in einem für die Wirtschaft aussehenden Umfange eine Reihe von Gefahren birgt, die im Interesse der Stabilität der Rentenmark vermieden werden müssen.

Maßnahmen der Reichsbank gegen Devisenüberbiegen gewisser Bankfirmen.

Er gab im Zusammenhang damit Kenntnis von scharfen Maßnahmen der Reichsbank wegen der Vorgänge auf dem Devisenmarkt in der letzten Woche. So habe die Reichsbank einer bekannten ersten rheinischen Bankfirma die in den letzten Tagen entgegen den Bestimmungen der Devisenverordnung Devisen in hohem Betrage zum Kauf anmelde. Für die weder Bedarf noch Deckung vorlagen, das Girokonto entzogen und ihr auch den Kredit gesperrt. Es handelt sich dabei um die bekannte Bankfirma Leopold Seligmann in Koblenz. Die gleiche Maßnahme wurde auch gegen eine Berliner Bank ergriffen. Außerdem schwebt ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Berliner Bankfirmen, von denen die eine sogar Mitglied der Berliner Stempelvereinigung ist.

Pfalzfragen.

Der Umschwung in der französischen Pfalzpolitik, über den wir schon gestern berichtet konnten, ist zum Teil wohl auch darauf zurückzuführen, daß im englischen Unterhaus eine Reihe von Interpellationen über Pfalz-Angelegenheiten eingebracht worden ist. Die französischen Vorschläge für die Regelung aller dieser Fragen sind, wie aus London gemeldet wird, bisher noch nicht beantwortet worden.

Die französische Regierung hält übrigens eine Art von Amnestie für die Separatisten für angebracht, weil sie zu befürchten scheint, daß die zurückkehrenden Beamten an den Separatisten Rache nehmen könnten. Die Separatisten selber haben wieder verschiedene Denkschriften geräumt, so daß Emis; in Ludwigshafen wird die deutsche Polizei ihre Waffen wieder erhalten, um ihren Dienst wieder voll aufnehmen zu können.

Das Regierungsgebäude von Birmaens gestürzt.

Blutige Kämpfe. — Die Separatisten buchstäblich ausgedürrt. Die Besatzungstruppen verhalten sich neutral.

Aus Birmaens meldet das B.D. 6.40 morgens: Gestern von vormittag 11 Uhr an versammelte sich vor dem Regierungsgebäude eine ungeheure Menschenmenge. Die Separatisten wurden wiederholt aufgefordert, das Gebäude zu verlassen oder in Unterhandlungen mit den Abgeordneten der Bürger zu treten. Diese Einigungsversuche wurden aber von den Separatisten zurückgewiesen und das Gebäude von innen her verbarrikadiert. Gegen Abend setzte von Seiten des organisierten Selbstschutzes der Sturm auf das Regierungsgebäude ein, in dem sich schätzungsweise gegen 40 Separatisten unter der Führung des „Regierungskommissars“ Schwaab befanden. Die Separatisten schossen nunmehr auf die Menge, die trotz der schweren Verluste den Sturm fortsetzte. Da aber das Regierungsgebäude infolge der Verbarrikadierung nicht heranzukommen war, wurde die Feuerwehr in Tätigkeit gesetzt. Als diese jedoch ebenfalls nichts ausrichtete, wurde das Gebäude mittels Benzin in Brand gesetzt.

Als der untere Teil in Flammen stand, stellten die Separatisten das Feuer ein und baten um Gnade. — Inzwischen waren einige Männer mit Leitern in das Gebäude eingedrungen und nun entspann sich ein Kampf Mann gegen Mann. Die das Regierungsgebäude verlassenden Separatisten wurden von der Menge erschlagen. Unter ihnen befand sich auch der Regierungskommissar Schwaab, der sich vielfach durch brutale Vorgehen verhasst gemacht hatte, der Adjutant des Schwaab sowie mehrere bekannte Separatisten.

Die Verluste sind auf Seiten der Bevölkerung 8 Tote (darunter ein Arzt Dr. Anstett) und 20 Verwundete von Verwundeten erschossen und etwa 20 Schwerverletzte. Die Besatzungstruppen verhalten sich während dieser Vorgänge neutral.

antische Tenn... (left margin text)

abrik... (left margin text)